

L1 Anpacken statt Kopf in den Sand: Mit Zuversicht in die Zukunft

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 21.11.2024
Tagesordnungspunkt: 4 Leitantrag

Antragstext

1 Thüringen steht am Scheideweg. Unser Bundesland steht wie viele andere Regionen
2 Deutschlands vor wichtigen Richtungsentscheidungen: Schaffen wir die notwendige
3 Transformation angesichts der ökologischen Krisen, dem demographischen Umbruch
4 und der fortschreitenden Entwicklung digitaler Technologien? Oder verlieren wir den
5 Anschluss und damit an Attraktivität?

6 Der Handlungsbedarf ist groß. Das stellt Politik vor neue Anforderungen und
7 schafft neue Unsicherheiten bei Bürger*innen. Politik muss heute mehr denn je
8 zielgerichtet und vorausschauend handeln statt nur verwalten. Die
9 Herausforderungen müssen ehrlich analysiert und angegangen werden, statt sie zu
10 leugnen oder zu ignorieren. Mit transparenten Zielen und Maßnahmen sowie einem
11 ehrlichen, verantwortungsbewussten und lösungsorientierten Regierungsstil kann
12 Vertrauen der Bürger*innen in politische Akteur*innen zurückgewonnen und
13 Zuversicht aufgebaut werden. Das ist auch unser Anspruch an unsere BÜNDNISGRÜNE
14 Politik. Dies ist der wesentliche Unterschied zu populistischen Parteien und
15 Ansätzen, die Ängste bei den Menschen schüren, sie gegeneinander ausspielen und
16 einfache Lösungen versprechen. Unsere Aufgabe ist es Zuversicht zu vermitteln,
17 dass die Aufgaben zu bewältigen und die Veränderungen positiv zu gestalten sind.

18 Dies gilt besonders in Zeiten, in denen Krisenschlagzeilen die Nachrichten
19 bestimmen und Menschen sich vor Wohlstandsverlust fürchten. Die Krise bei VW und
20 der damit verbundene drohende Arbeitsplätzeabbau hat viele Menschen auch in
21 Thüringen tief getroffen, nicht nur weil ihre Jobs bei Zulieferbetrieben
22 gefährdet sind, sondern weil sie darin einen Ausdruck der Krise der deutschen
23 Wirtschaft sehen. Dabei zeigt das Beispiel Automobilindustrie besonders
24 deutlich: Der Wandel lässt sich nicht länger leugnen und ignorieren, er ist
25 längst Realität. Nur wer es schafft, sich den neuen Bedingungen anzupassen und
26 sich zu verändern, wird mithalten. Gezielte Investitionen in Klimaneutralität
27 und die Nutzung regionaler, erneuerbarer Energiequellen sind dafür notwendig,
28 auch in Thüringen. Ende Oktober warnte das Institut für Arbeitsmarkt- und
29 Berufsforschung, dass in Thüringen tausende Jobs in Gefahr sind, bei
30 gleichzeitig sich verschärfendem Fachkräftemangel. Die bisherige
31 Wirtschaftspolitik in Thüringen war darauf nicht vorbereitet – zu viel
32 Gießkanne, zu wenig zielgerichtet, zu wenig ausgerichtet auf zukunftsweisende
33 Kriterien wie Digitalität, Innovationskraft und Klimaneutralität. Gleichzeitig
34 ist die kleinteilige Struktur unserer Wirtschaftslandschaft auch eine Stärke –
35 wenn wir es schaffen, die vielen klein- und mittelständischen Unternehmen bei
36 den anstehenden Anpassungsprozessen zu unterstützen und damit ihre
37 Konkurrenzfähigkeit zu stärken. Es ist daher wichtig, die Thüringer Wirtschaft
38 durch gezielte Ansiedlungen, die Bildung und Stärkung von Wirtschaftsclustern,
39 eine gute Qualifizierung unserer Einwohner*innen und die gezielte Förderung von
40 zukunftsfähigen Branchen in Thüringen zu stärken. Gerade die Erneuerbaren
41 Energien, ein Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und die Entwicklung und
42 Produktion neuer klimaneutraler Technologien sind wichtige Jobmotoren, die

43 regionale Wertschöpfung und Sicherheit bringen. Unsere Thüringer Unternehmen
44 braucht hierfür mehr Unterstützung in ihrer Weiterentwicklung und bei der
45 Fachkräftesicherung, durch Investitionsunterstützung und Zuschüsse. Wir werben
46 daher weiter für die Einrichtung eines Zukunftsfonds, um die Investitionsbedarfe
47 zu decken. Dafür ist auch eine Reform der Schuldenbremse unumgänglich. Denn die
48 Schulden wurden bereits gemacht: durch ausbleibende Investitionen auf Kosten
49 zukünftiger Generationen. durch ausbleibende Investitionen, die unsere Zukunft
50 gefährden, gemacht.

51 Um dies umzusetzen und damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Thüringen
52 Wirtschaft zu stärken, müssen Klimaschutz und damit die Notwendigkeit der
53 Transformation von allen politischen Akteur*innen endlich als unausweichbare
54 Notwendigkeit anerkannt werden. Es ist essentiell zu verstehen, dass der Schutz
55 unserer natürlichen Lebensgrundlagen und des Klimas kein Nice-to-Have sind,
56 sondern über Sicherheit und Wohlstand der Menschheit entscheiden. Es ist nicht
57 nur eine Sache der Welt- oder Bundespolitik, Klimaschutz wird vor Ort gemacht,
58 im Kleinen und im alltäglichen Handeln. Es ist unlauter Menschen vorzuspielen,
59 dass es sich bei Klimaschutzmaßnahmen um ideologische Verbotsphantasien handelt.
60 Wir müssen endlich in eine politische Diskussion über das WIE beim Klimaschutz
61 kommen, nicht über das OB. Ein weiteres Aufschieben gefährdet nicht nur unsere
62 Umwelt und die Artenvielfalt, sondern auch den sozialen Frieden und die
63 Sicherheit der Bevölkerung. Natürlich muss Klimaschutz immer auch sozial gerecht
64 sein. Schon jetzt leiden arme Menschen stärker unter den Folgen des Klimawandels
65 und von Umweltbelastungen, während Menschen mit mehr Geld auch deutlich mehr
66 Emissionen produzieren als jene mit wenig Geld. Hier braucht es endlich mehr
67 Gerechtigkeit – breite Schultern müssen stärker zur Verantwortung gezogen
68 werden! Daher ist die Einführung eines Klimageldes unumgänglich, damit Menschen
69 auch finanziell etwas von Klimaschutz haben. Dass der Bundesfinanzminister
70 entgegen dem Koalitionsvertrag bis zum Schluss die Einführung des Klimageldes
71 verhindert hat, ist eine fatale Entscheidung und ein Verrat an den vielen
72 Menschen mit geringerem Einkommen in unserem Land. Denn Gerechtigkeit ist der
73 Schlüssel zu Zusammenhalt und Solidarität in unserer Gesellschaft.

74 Doch Gerechtigkeit betrifft auch die gleichwertigen Lebensverhältnisse in Stadt
75 und auf dem Land. Hier wird in den nächsten Jahren der Erhalt der Infrastruktur
76 essentiell sein. Thüringen ist ein ländlich geprägtes Bundesland. Was eigentlich
77 eine Stärke sein könnte, wird in Verbindung mit einer schrumpfenden und
78 alternden Gesellschaft jedoch zum Risiko. Denn Infrastruktur wie Kindergärten,
79 Krankenhäuser, Brücken, Bahnstrecken und Pflegeangebote sind dort schwieriger zu
80 erhalten, wo immer weniger Menschen leben. Doch sind es genau diese Faktoren,
81 die im Alltag der Menschen ausmachen, wie angeschlossen oder abgehängt sie sich
82 fühlen. Gibt es im näheren Umkreis eine Schule, auf die meine Kinder gehen
83 können? Wohin wende ich mich bei gesundheitlichen Problemen? Wo kann ich mein
84 Baby zur Welt bringen? Gibt es einen Bahnhof in der Nähe? Fährt ein Pflegedienst
85 bis zu meinem Dorf? Das sind sehr entscheidende Fragen - nicht nur im Alltag,
86 sondern auch politisch. Es muss Ziel bündnisgrüner Politik sein, sich noch
87 stärker für den Erhalt von Infrastruktur in ländlichen Räumen einzusetzen. Denn
88 es ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, ob die Lebensverhältnisse
89 zwischen Stadt und Land wirklich gleichwertig sind. Es ist auch eine Frage der
90 Attraktivität unseres Bundeslandes und der Lebenszufriedenheit der Bürger*innen.
91 Wer ständig erlebt, dass Arztpraxen geschlossen und Bahnstrecken stillgelegt
92 werden, fühlt sich schnell im Stich gelassen und politisch vernachlässigt. Dabei

93 geht es nicht darum, blind den Erhalt aller Krankenhaus- und Schulstandorte zu
94 versprechen. Sondern es geht um kluge, ehrlich und transparent kommunizierte
95 Konzepte, die regionale Besonderheiten berücksichtigen, um die Infrastruktur im
96 ländlichen Raum trotz Bevölkerungsrückgang zu stärken. Menschen müssen darauf
97 vertrauen können, dass ihre Lebensbedingungen vor Ort nicht immer schwieriger
98 werden, sondern dass gezielte Investitionen getätigt und die Bedingungen vor Ort
99 verbessert werden. Sie müssen erleben, dass Zusammenhalt und Solidarität keine
100 Worthülsen sind und der Staat sich nicht aus der Fläche zurückzieht. So kann
101 auch Vertrauen in staatliches Agieren wieder gestärkt werden. Dafür kämpfen wir
102 nicht nur vor Ort in den Kommunen und im Land, sondern auch in der
103 Bundespolitik.

104 Investitionen in unsere Infrastruktur sind auch entscheidend, um ländliche
105 Regionen für jüngere Menschen und Familien attraktiv zu machen. Dabei geht es
106 eben nicht nur um die Verfügbarkeit von günstigem Wohnraum oder Bauflächen.
107 Gerade junge Menschen brauchen neben dem guten Anschluss an den öffentlichen
108 Nahverkehr ansprechende Freizeit- und Kulturangebote sowie selbstverwaltete Orte
109 zum Zusammenkommen. Vor allem brauchen junge Menschen eine Kultur des
110 Ernstnehmens und der Offenheit. Thüringen muss wieder ein Land werden, in dem
111 junge Menschen gern bleiben und leben wollen, weil sie sich wertgeschätzt
112 fühlen. Es kann nicht sein, dass junge Menschen sich ihre Freiräume immer wieder
113 erkämpfen müssen. Es kann nicht sein, dass junge Menschen immer wieder mit
114 pauschalen Verurteilungen und Ablehnungen ihrer Lebensweisen konfrontiert
115 werden. Es braucht gesellschaftliche Offenheit, Wertschätzung und Respekt
116 gegenüber jungen Menschen. Das ist nicht nur für die Gewinnung von Fachkräften
117 essentiell, sondern um jungen Menschen eine liebevolle und attraktive Heimat zu
118 bieten.

119 Entscheidend dafür wird auch sein, ob Thüringen sein Rechtsextremismus-Problem
120 in den Griff bekommt. Thüringen zählt bundesweit nicht nur zu den Hot Spots
121 rechtsextremer Straf- und Gewalttaten. Ein politisch vergiftetes Klima gegenüber
122 Geflüchteten und Zugewanderten trifft dabei auf weit verbreiteten Rassismus und
123 Gewaltbereitschaft in Teilen der Bevölkerung. Gerade marginalisierte
124 Bevölkerungsgruppen wie migrantisierte, queere oder jüdische Menschen fühlen
125 sich hier zunehmend nicht mehr sicher und denken darüber nach, unser Land zu
126 verlassen. Das dürfen wir nicht zulassen! Wir beobachten diese Entwicklungen mit
127 großer Sorge und fordern nach wie vor ein entschlosseneres Vorgehen gegen die
128 extreme Rechte ein. Denn ein sich weiter ausbreitender Rechtsextremismus
129 gefährdet nicht nur die Sicherheit unserer eigenen Bevölkerung und höhlt den
130 gesellschaftlichen Zusammenhalt aus, sondern wird auch ein Problem bei der
131 Akquise und Sicherung von Fachkräften.

132 Doch statt diese Herausforderungen anzugehen, stecken einige Parteien den Kopf
133 in den Sand und warten darauf, dass sich die Probleme von selbst lösen. Oder es
134 werden Ängste geschürt und ganze Bevölkerungsgruppen zum Sündenbock erklärt. Das
135 hilft niemandem weiter. Kein Leben wird besser, wenn Menschen abgeschoben oder
136 Grenzen dicht gemacht werden. Das löst weder die Herausforderungen des
137 Strukturwandels noch macht es das Leben der Menschen in Thüringen einfacher.
138 Auch Kürzungen beim Bürgergeld bringen niemandem mehr Lohn oder bezahlbaren
139 Wohnraum. Stattdessen werden Menschen, die in schwierigen Lebenslagen sind,
140 gegeneinander ausgespielt und stigmatisiert. Das eigentliche Problem bleibt
141 dabei unbearbeitet: die wachsende soziale Ungleichheit in unserem Land. Wir
142 werden weiter dafür kämpfen, dass unsere Gesellschaft gerechter wird. Diese

143 Vision einer solidarischen Gesellschaft aufzubauen und zu stärken ist auch unser
144 Ziel, gerade in einem Geringverdiener- und Kinderarmutsland wie Thüringen. Wir
145 begegnen damit den Ängsten und Unsicherheiten angesichts der Zeiten des Wandels.
146 Damit begegnen wir aber auch reaktionären Verleumdungen, progressive Politik sei
147 weltfremd und Klimaschutz unbezahlbar.

148 Hass und Ressentiments gegenüber uns BÜNDNISGRÜNEN sind in den letzten Jahren
149 extrem gewachsen. Das liegt zum einen an Schmutzkampagnen reaktionärer Kräfte,
150 die durch unsere Politik ihre Existenz- und Wirtschaftsgrundlage bedroht sehen.
151 So stehen wir mittlerweile für manche für alles, was sie hassen und fürchten.
152 Zum anderen müssen wir aber auch selbstkritisch anerkennen, dass wir bislang
153 nicht genug konkrete und überzeugende Angebote gemacht haben, um klar zu machen,
154 dass wir die Sorgen und Bedürfnisse der Menschen in Thüringen ernst nehmen, die
155 beispielsweise mit den negativen Folgen des tiefgreifenden Strukturwandels leben
156 müssen. Dem müssen wir noch mehr entgegensetzen. Es braucht eine aktive
157 Auseinandersetzung mit den Ängsten und Vorurteilen, die unsere Gesellschaft
158 spalten, sowie eine Politik, die den sozialen Zusammenhalt stärkt. Das gilt auch
159 für den Hass und die Ressentiments, die sich gezielt gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
160 richten. Diesem begegnen wir nicht nur mit guter Politik und besseren Lösungen,
161 sondern auch mit einer ehrlichen Kommunikation, indem wir verständlich
162 vermitteln, was wir tun und warum es wichtig ist. Wir müssen noch stärker nach
163 vorne stellen, dass wir das Leben der Menschen besser machen wollen, und
164 spürbare Verbesserungen erreichen: wie mehr Bus- und Bahnangebote vor Ort,
165 günstigere Energiepreise, mehr Investitionen in Bildung und neue Arbeitsplätze
166 vor Ort. So gestalten wir eine Politik, die echte Perspektiven bietet und
167 niemanden zurücklässt. So erreichen wir, dass für uns so wichtige politische
168 Anliegen wie Sicherung von Freiheit für alle, Bürger*innenbeteiligung, Fokus auf
169 Regionalität, Gerechtigkeit wieder stärker mit uns assoziiert werden. Wir wollen
170 zeigen, wie stark wir hier im ganzen Land verwurzelt sind und unsere Motivation
171 zum Wohle des Landes ausgerichtet ist. Unsere Ehrlichkeit und unsere Zuversicht
172 müssen wir dabei als Chance begreifen. Der Gegenwind hält uns nicht auf. Weil
173 wir nicht in den Kopf in den Sand stecken, sondern weiter kämpfen: für eine
174 klimaneutrale, gerechte und solidarische Gesellschaft, für ein weltoffenes
175 Thüringen mit Zukunft!